

Neueste Mittheilungen.

Verantwortlicher Herausgeber: Dr. S. Klee.

IV. Jahrgang.

Berlin, Dienstag, den 5. Mai 1885.

№ 49.

Sonst und jetzt.

Die glücklich vorübergegangenen Tage der Kriegsbesürchtung erinnerten in mancher Rücksicht an die Zeiten, welche dem orientalischen Kriege der fünfziger Jahre vorausgingen. Damals wie jetzt handelte es sich um den Gegensatz der beiden Staaten, die zugleich europäische und asiatische Großmächte sind, als solche die Oberhoheit über Millionen von Muselmännern führen und mit den Anschauungen der asiatischen Völker ebenso zu rechnen haben, wie mit den Interessen ihrer christlichen Unterthanen. Damals wie jetzt lagen Streitfragen vor, welche den Frieden und das Zusammenleben der Bewohner des mittleren Europa zwar nicht direct berühren, deren gewaltsamer Austrag aber nichtsdestoweniger von Einfluß auf die Verhältnisse der gesammten Culturwelt sein würde.

Weitere Vergleichen zwischen damals und heute aber sind — dem Himmel sei Dank — nicht möglich! Der Umsicht der preussischen Regierung gelang es auch vor dreißig Jahren, unserem Vaterlande die Theilnahme an den kriegerischen Verwickelungen im Orient zu ersparen. Wer über ein Menschenalter zurück denken kann, erinnert sich aber, welche Mühe es damals kostete, diese Neutralität und zugleich den inneren Frieden Deutschlands aufrecht zu erhalten. Beide streitende Theile zählten deutsche Anhänger, die zum Anschluß an ihre Freunde riefen und drängten. Russen- und Wirtenfreunde führten in der Presse und in den öffentlichen Versammlungen erbitterte Fehden, bei welchen der unter den gegebenen Verhältnissen unvermeidliche Gegensatz zwischen Preußen und Oesterreich immer wieder seine Rolle spielte. Trotz ihrer Zugehörigkeit zum deutschen Bunde hatten die beiden deutschen Großmächte vielfach auseinandergehende Interessen, die eine verschiedene Stellung zu den Kämpfen an der unteren Donau und in der Krimm bedingten und demgemäß das Zusammengehen, ja den Frieden zwischen den Kabinetten von Berlin und Wien wiederholt in Frage stellten. Von den verschiedensten Seiten hörte man behaupten, daß das getheilte und zerrissene Deutschland ein Mal keine selbstständige Rolle in der Welt zu spielen berufen sei, so bleibe ihm Nichts übrig, als sich auf die Seite des einen oder der anderen seiner mächtigen Nachbarn zu stellen. Dauernd und ohne Schaden für uns werde die deutsche Neutralität sich nicht behaupten lassen, und Deutschland darum am Besten thun, rechtzeitig Partei zu ergreifen und aus seiner Vereinzelung hervorzutreten.

Wie anders sind die Dinge dieses Mal gegangen! Weder im Auslande noch im Inlande kam es irgend Jemand in den Sinn, Deutschland die Betheiligung an Vermittelungen zuzumuthen, die seine Interessen nicht berührten. Alle Welt wußte, daß wir das Recht und die Macht besitzen, Streitigkeiten Dritter unbetheiligt und dennoch völlig gesichert zuzusehen und uns auf die Sorge für eigene Angelegenheiten zu beschränken. Ungehindert durch die in Ost und West herrschende Unruhe, konnte das deutsche Volk, im Gefühle glücklich errungener nationaler Sicherheit, seine Friedensarbeit weiter treiben, ohne auch nur einen Augenblick von derselben aufzusehen. Noch bedeutamer erscheint aber ein anderer Umstand. Obgleich Preußen und Oesterreich in den fünfziger Jahren einem und demselben Staatenbunde angehörten, verfolgten diese Staaten in Sachen des orientalischen Conflicts so verschiedene Richtungen, daß die guten Beziehungen zwischen ihnen nur mühsam aufrecht erhalten werden konnten. Heute, wo zwischen dem habsburgischen Kaiserstaate und dem unter Preußen geeinigten Deutschland kein staatsrechtliches Band mehr besteht, sind die Regierungen beider Reiche dagegen völlig eines Sinnes, und Jedermann sah für selbstverständlich an, daß die befreundeten Nachbarn dieselbe Friedenspolitik befolgten.

Der Deutsche, der sich diesen Gegensatz zwischen Sonst und Jetzt vergegenwärtigt, wird das nicht anders, als mit Dank gegen das Geschick und mit ehrfurchtsvoller Anerkennung gegen die Männer thun können, welche den glücklichen, ruhmreichen Wandel der Verhältnisse herbeigeführt haben, der gegenwärtig nicht nur uns, sondern dem gesammten Welttheile zu Gute kommt.

Zwanzig Millionen Steuererleichterung!

Der Gesetzentwurf betr. die Ueberweisung von Beträgen aus den landwirthschaftlichen Zöllen an die Kommunalverbände ist vom Abgeordnetenhaus in dritter Lesung angenommen worden. Der Streit darüber, ob dieses Verwendungs-gesetz das denkbar beste ist, oder ob von einer veränderten Fassung größere als die den Kommunalverbänden zugesicherten Vortheile zu erwarten gewesen wären, erscheint danach ebenso müßig, wie die fernere Beschäftigung mit dem nationalliberalen Antrage. Wichtiger und nachliegender wird es sein, die Wirkungen des neuen Gesetzes ins Auge zu fassen und den Umfang der den Kommunalverbänden gewährten Erleichterungen zu prüfen.

Von der Hauptstadt Berlin abgesehen, beträgt die Summe der jährlich in Preußen aufzubringenden Gemeinde-Abgaben 136 Millionen Mark, diejenige der Gemeinde-, Kreis- und Provinzialsteuer (ausschließlich der Gutsbezirke) rund 176 1/2 Millionen, einschließlich Berlins rund 159, bez. 197 1/2 Millionen. Auf den Kopf der Bevölkerung kommen von den ersteren Abgaben zwischen 2,65 M (Provinz Posen) und 9 M (Provinz Rheinlande), — und wenn man die Kreis- und Provinzialabgaben dazu nimmt 5,01 M und 10,01 M; in Berlin kommen 20,46 M auf den Kopf der Bevölkerung.

So viel von der Höhe der Lasten, welche die Kommunalverbände in Preußen zu tragen haben, die in einer Provinz (Westpreußen) 223,80, in einer andern (Hannover) 220 Prozent der Staatssteuern betragen und sich günstigsten Falls (in der Prov. Sachsen) immer noch auf 95 Prozent der Staatssteuern stellen.

Diese Ziffern geben einen Maßstab für die Beurtheilung der Erleichterung, die den Gemeinden durch das neue Gesetz in Aussicht gestellt worden ist. Es handelt sich dabei — wie die nachstehende Berechnung ausweist — um nicht weniger als zwanzig Millionen!

Preußens bisheriger Antheil an den Erträgen aus den Getreide- und Viehzöllen betrug 14,231,589 M. Da derselbe sich zufolge der neuen Zollerhöhungen nach aufgestellter Berechnung und bei Zugrundelegung der bisherigen Einfuhr um voraussichtlich 20,422,053 M erhöhen wird, ist aus diesen Zöllen künftig auf eine Gesamteinnahme von 35 Millionen für Preußen zu rechnen. Davon sollen nach Maßgabe von § 3 des neuen Gesetzes 15 Millionen für allgemeine Staatszwecke abgezogen werden, mithin 20 Millionen zur Ueberweisung an die Kommunalverbände übrig bleiben.

Dieser Erleichterung von mehr als dem zehnten Theil der bisher von den Kommunalverbänden getragenen Lasten steht keinerlei mittelbare oder unmittelbare Belastung der Steuerzahler gegenüber. Die zwanzig Millionen, um welche die bisherige Bürde vermindert wird, werden durch Zölle eingebracht, die das Ausland zu tragen hat, die unserer einheimischen Land- und Viehwirthschaft zu Gute kommen, und von denen eine Einwirkung auf die Lebensmittelpreise, allen bisher gemachten Erfahrungen nach, nicht zu befürchten steht.

Kann das Urtheil über eine solche Maßregel überhaupt zweifelhaft sein? Der neue Schritt, der auf dem Wege der Förderung des wichtigsten Zweiges unseres nationalen Wirtschafts-